Beschluss (vorläufig) 5. Starke Familien – Beteiligte Jugend

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 5 Familie – Kinder - Jugend

Text

Familie ist, wo Menschen füreinander da sind. Sie kümmern sich umeinander, übernehmen Verantwortung füreinander und stärken so den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Es gibt viele Entwürfe, wie Familien leben wollen und glücklich sind. Unabhängig ob Patchwork- oder Regenbogen-Familien, gemeinsam- oder alleinerziehende Elternteile – wir GRÜNE möchten Familien in all ihrer Vielfalt, ihren Bedürfnissen und verschiedenen Lebensentwürfen unter die Arme greifen. Familien haben in der Krise einen großen Teil der Belastungen getragen. Jetzt kommt es darauf an, Familien besser zu unterstützen. Dafür brauchen wir eine moderne Familienpolitik, die es zum Beispiel ermöglicht, Familie und Beruf gut miteinander zu vereinbaren. Damit jede*r selbst entscheiden kann, wo und wie das am besten gelingt, setzen wir uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und machen uns unter anderem für ein Recht auf Homeoffice stark.

Für uns ist jedes Kind ein Geschenk. Alle Kinder sollen fern von Armut und Gewalt gut aufwachsen können, deswegen wollen wir starke Kinderrechte in der Verfassung verankern. Familien in Not wollen wir schnell und einfach helfen. Dazu braucht es ein noch besseres Netz von Anlaufstellen, das Familien in einer schwierigen Zeit auffängt.

Jugendliche zeigen uns derzeit, wie sie aktiv ihre Zukunft in die Hand nehmen und auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Sie übernehmen überdurchschnittlich häufig Ehrenämter und kämpfen gegen die Klimakrise – und damit für unsere und die Zukunft kommender Generationen. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 ist eine überfällige Antwort auf dieses großartige Engagement.

Vereinbarkeit in allen Lebenssituationen

Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat sich gerade in der Krise sehr deutlich gezeigt, als Kitas und Schulen geschlossen waren. Gleichzeitig muss eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die Vereinbarkeit auch in den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder verwirklicht werden kann. Dazu zählt das Recht auf familienbedingte Teilzeit ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung. Wir setzen uns für flexible Vollzeitmodelle ein, die Beschäftigten ermöglicht, ihre wöchentliche Arbeitszeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden zu variieren.

Bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld wollen wie die partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder zur Norm machen. Mit der KinderZeit Plus wollen wir bundesweit den Anspruch auf Elterngeld von derzeit 14 auf 24 Monate erhöhen, wovon jedem Elternteil jeweils acht Monate zustehen. Die weiteren acht Monate können sich die Eltern untereinander aufteilen. Die Eltern können die Monatsbeträge abwechselnd oder gleichzeitig beziehen. Alleinerziehende haben Anspruch auf die vollen 24 Monate KinderZeit Plus.

Familie bedeutet füreinander auch in schwierigen Lebenslagen da zu sein. Deshalb wollen wir bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht stärken, die Arbeitszeit reduzieren zu können.

Es soll selbstverständlich sein, auch von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten haben. Um die Umsetzung des Rechts auf Homeoffice und mobiles Arbeiten sicherzustellen, wollen wir Unternehmen bei der Digitalsierung der Arbeitsabläufe einschließlich Datensicherheit und Arbeitsschutz unterstützen.

Zeitkonflikte in Familien entstehen häufig, weil die zeitliche Taktung vor Ort beispielsweise von Kitas, Schulen und dem Nahverkehr nicht aufeinander abgestimmt ist. Deshalb werden wir die Zeitbüros und Zeitlotsen in den Kommunen auch künftig fördern.

Familien unterstützen

Familien sollen die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen bei einer einzigen Stelle beantragen können – „alle Leistungen aus einer Hand“. Wir setzen uns daher für ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz ein, das diese Art der Leistungsgewährung vor Ort in mehreren Kommunen erprobt.

Mit einem landesweiten Konzept wollen wir dafür sorgen, dass Familien günstiger Dienstleistungen und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung in Anspruch nehmen oder besuchen können.

Alleinerziehende leisten enorm viel und tragen an sieben Tagen der Woche 24 Stunden die Verantwortung. Das Armutsrisiko ist nach wie vor extrem hoch. Wir setzen uns dafür ein, dass Alleinerziehende mit einer Kindergrundsicherung und mit wirksamen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Unterstützung erfahren.

Guter Start ins Kinderleben – Kinderarmut bekämpfen

Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, benötigen wir dringend eine bundesweite Kindergrundsicherung, die den Mindestbedarf der Kinder deckt. Dadurch werden bürokratische Hürden abgebaut und auch Kinder, die in armen Familien aufwachsen, können ein selbstbestimmtes Leben führen. Kinder werden dann nicht mehr aufgrund der finanziellen Not der Eltern davon abgehalten sich frei zu verwirklichen und zu beteiligen, beispielsweise dem Sportverein beizutreten oder Musikunterricht zu nehmen. Kernpunkte in der Landespolitik bei der Bekämpfung von Kinderarmut sind eine gute soziale Infrastruktur, kostenfreie Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme sowie die gezielte Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Armut.

Mit den Programmen Guter Start ins Kinderleben und Frühe Hilfen erreichen wir vor allem Frauen, Familien und Kinder, die bei der Geburt eines Kindes bei den vielen kleinen und großen Herausforderungen eine besondere Unterstützung benötigen. Es wird zum Beispiel ermöglicht, dass Familienhebammen Müttern und Vätern eng zur Seite stehen und individuelle Beratung leisten können.

Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu erleichtern.

Das gilt auch für Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und Familienzentren.

Kitas und Grundschulen wollen wir als Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch nehmen oder sich vermitteln lassen. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir ein Landesprogramm Kommunale Präventionsketten entwickeln und helfen, es umzusetzen.

Kinderrechte stärken

Das Recht jedes Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit, auf den Schutz vor Gewalt, vor Vernachlässigung und Ausbeutung sowie das Recht auf Beteiligung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. In Rheinland-Pfalz werden wir vorangehen und diese Rechte für Kinder in die Landesverfassung aufnehmen.

Bei Kindschaftsverfahren muss der Grundsatz „Vom Kind her denken“ gelten. Das heißt vor allem, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen im Verfahren weiter gestärkt werden. Bisher schon gilt, dass die besonderen emotionalen und psychischen Bedürfnisse von Kindern entsprechend ihrem jeweiligen Alter der Maßstab für das Handeln aller Beteiligten sind. Damit das auch tatsächlich so umgesetzt wird, wollen wir die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen dafür verbessern.

Kinder vor Gewalt schützen

Wir werden den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Gewalt weiter ausbauen. Wir wollen einen Pakt gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz, um eine wirksame Prävention und eine flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexuellen Missbrauchs zu gewährleisten. Dabei müssen Kinder, Eltern, Schulen, Polizei, Jugendämter, Vereine, Staatsanwaltschaften und spezialisierte Fachberatungsstellen gleichermaßen einbezogen werden.

Ziel dieses Paktes ist, die Handlungskompetenz aller Beteiligten im Bereich der Prävention und der Intervention so zu stärken, dass sie den Schutz von Kindern und Jugendlichen koordiniert und übergreifend leisten können. Schulen und Kitas haben bei der Prävention eine Schlüsselrolle. Bereits bestehende Programme wollen wir ausbauen und künftig auch für typische Täterstrategien sensibilisieren.

Die gesetzlich vorgeschriebene Stärkung von Opferrechten wollen wir konsequent umsetzen. Das erfordert entsprechende personelle und technische Voraussetzungen, um die Belastungen kindlicher Opferzeugen so gering wie möglich zu halten. Ein möglichst flächendeckender Ausbau von Beratungsstellen soll sicherstellen, dass die Betroffenen begleitet werden können. Die Strafverfolgungsbehörden, die digitale Missbrauchsdarstellungen aufdecken, werden wir aufstocken. Kein Täter darf sich sicher fühlen. Der Druck, entdeckt und verfolgt werden zu können, muss massiv erhöht werden.

Erfahrungen mit Missbrauchsfällen haben gezeigt, wie wichtig es ist, auch in der Justiz die Kompetenzen zu bündeln. Deshalb richten wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften und -gerichte an, die mit vereinter Kraft die Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt übernehmen Kindgerechte Verfahren

erreichen wir über die Stärkung der Aus- und Weiterbildung von Verfahrensbeteiligten sowie die gezielte Evaluation von Verfahren. Wir werden die Kinderschutzdienste flächendeckend ausbauen und dafür sorgen, dass Traumaambulanzen im Falle sexualisierter Gewalt auch Kindern und Jugendlichen schnell Hilfe leisten.

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Kinder und ihre Familien in Not benötigen professionelle individuelle Angebote, um sozial und emotional gestärkt zu werden. Unser Ziel ist es, die Schulen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und weitere Angebote im Sozialraum so zu stärken, dass die dort Verantwortlichen eventuell entstehende Probleme bei der Entwicklung von Jugendlichen und Familien schnell wahrnehmen und rechtzeitig helfen können.

Die Kinder- und Jugendhilfe muss inklusiv umgesetzt werden. Dazu braucht es eine Rechtsnorm unter der die gesamte Kinder- und Jugendhilfe vereint ist. Wir wollen die Kommunen fördern, die Inklusive Lösung organisatorisch vorwegzunehmen.

Bei der auf Bundesebene überfälligen Reform des SGB-VIII muss eine inklusive Lösung mit dem Ziel „alle Hilfe aus einer Hand“ zur allgemeinen Norm werden. Dadurch werden wir eine optimale Verzahnung und Kombination aller Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, anderer Sozialleistungsträger sowie der Angebote der Schulen gewährleisten. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass das bisherige Leistungsspektrum erhalten bleibt und die unterschiedlichen Ansätze der Hilfen zur Erziehung einerseits und der Leistungen zur Teilhabe andererseits weiterhin zur Anwendung kommen.

Menschen mit Behinderungen fehlt häufig die notwendige Unterstützung für ein Leben mit Kindern. Wir werden Angebote für Elternassistenz ausbauen und fördern.

Platz für Kinder

Während der Corona-Krise haben wir feststellen können, wie wichtig Spielplätze für die Kinder sind. Bewegung, frische Luft, kreatives Spiel und Sicherheit – Kinder brauchen viel Raum für ihre Entwicklung. Wir möchten deshalb die Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen in den Kommunen erhalten und neue schaffen. Dafür werden wir erneut ein Förderprogramm für naturnah und barrierefrei gestaltete Spielflächen auflegen. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen familiengerecht organisiert und ausgestattet sind und zum Beispiel Wickeltische und Eltern-Kind-Räume verbindlich vorgeschrieben werden.

Die Jugend hat das Wort

In Rheinland-Pfalz haben wir viele junge Menschen, die eine tragende Rolle im Ehrenamt übernehmen, die politisch interessiert sind und klar und deutlich sagen, was sie wollen: mitbestimmen. Seit vielen Monaten demonstrieren zahlreiche junge Menschen beispielsweise gegen die Klimapolitik der Bundesregierung, weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass untätige Politiker*innen ihre Zukunft verspielen. Das verdient nicht nur unseren Respekt, sondern ist Aufforderung, zu handeln.

Mitbestimmung und Freiräume

In vielen Bundesländern dürfen junge Menschen schon mit 16 wählen und so am politischen Leben teilhaben – das soll endlich auch bei den Landtags- und

Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz möglich sein. Damit die Anliegen junger Menschen auf Landesebene noch mehr Gehör finden, werden wir die Einrichtung eines Jugendbeirats im Land unterstützen. Außerdem möchten wir die Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark ausbauen, damit die Belange Jugendlicher in allen Politikbereichen wahrgenommen und mitgedacht werden. Jugendzentren und dezentrale, zunehmend auch mobile Angebote der Jugendarbeit bieten jungen Menschen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der Jugendstrategie soll die Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden und gerade auf dem Land müssen flächendeckend Jugendräume zur Verfügung stehen. Junge Menschen brauchen auch vor Ort Räume und Angebote – dafür muss das Land die finanziellen Mittel weiter bereitstellen.

Jugendbeteiligung in den Kommunen

Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche das Leben auf kommunaler Ebene mitgestalten können. In fast 75 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz haben sie dazu keine Möglichkeit. Das muss sich ändern. Wir werden Jugendliche dabei unterstützen, ein Jugendparlament zu beantragen. Kommunale Jugendvertretungen sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten und ein eigenes Budget bekommen. Kommunen müssen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

Jugendliches Engagement

Jugendliche übernehmen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich häufig ein Ehrenamt. Sie bringen sich in ihren Städten und Gemeinden ein, in Sportvereinen, in der Schule, in Jugendgruppen, bei der Jugendfeuerwehr oder in politischen Jugendorganisationen. Wir GRÜNE werden dieses Engagement besser unterstützen. Dafür wollen wir mit einer umfangreichen Änderung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit die Erstattung des Verdienstausfalls weiter anheben.